

## Auszug aus der Sitzungs-Niederschrift

des Haushaltsausschusses vom 12.12.2013

Betreff: Interfraktioneller Antrag Nr. 1250 der Frauen Stadträtinnen Ingeborg Pongratz, Dr. Dagmar Kaindl, Kirstin Sauter, Rosemarie Schwenkert, Margit Napf, Elke März-Granda, Christine Ackermann sowie der Herren Stadträte Rudolf Schnur, Helmut Radlmeier, Manfred Hölzlein, Bernd Friedrich, Ludwig Graf und Lothar Reichwein vom 28.11.2013, eingegangen am 03.12.2013

- 1.1. Verschiebung des Haushaltsplenums auf Januar oder Februar 2014
- 1.2. Darlegung der Gründe der Mittelkürzung von Juni bis November 2013
- 1.3. Einsparungsmöglichkeiten im kulturellen Bereich
- 1.4. Gespräche mit Herrn RP wegen Genehmigung/Duldung zweckgebundener Neuverschuldung

Referent: Dipl.-Betriebswirt (FH) Rupert Aigner

Von den 15 Mitgliedern waren 12 bzw. 13 anwesend.

In öffentlicher Sitzung wurde auf Antrag des Referenten

<u>wie folgt</u>			
mit	gegen	Stimmen	beschlossen:

Dem Antrag ist in Punkt 1 durch die heutige Sitzungseinladung und Abhaltung der Sitzung nach der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Landshut Rechnung getragen.

1. zu Nr. 2 des Antrages: Dem Plenum wird empfohlen, das Haushaltsplenum für das Jahr 2014 auf Januar oder Februar 2014 zu verschieben.

Abstimmungsergebnis: 0:12

2. zu Nr. 3 des Antrages: Vom folgenden Bericht wird Kenntnis genommen: Die Schulerweiterung war ursprünglich in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten. Im Finanzplan war bereits für 2014 ein Fehlbetrag ausgewiesen. Die Regierung hatte auf diesen Umstand bereits in ihrer Haushaltswürdigung für 2013 hingewiesen. Zur Abdeckung eines ausgeglichenen Haushaltes für 2014 wurde auch im Bereich St. Konradin nach Alternativen gesucht, die durch die Containeranlage abgedeckt werden kann.

Abstimmungsergebnis: 13:0

3. zu Nr. 4 des Antrages: Vom folgenden Bericht wird Kenntnis genommen: Wegen weiterer Einsparungsmöglichkeiten, insbesondere im kulturellen Bereich, wird auf die Ergebnisse des Sonderplenums vom 5. Juli 2013 hingewiesen. Zusätzliche Möglichkeiten werden von der Verwaltung nicht gesehen.

Abstimmungsergebnis:

9:3

4. zu Nr. 5 des Antrages: Antrag auf Verhandlung mit der Regierung über die Genehmigung einer weiteren Neuverschuldung ab 2014 für Schulen und Klinikum (siehe auch Antrag Nr. 1249 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen).

Gespräche mit dem Regierungspräsidenten wegen der Genehmigung/Duldung einer zweckgebundenen Neu-Verschuldung für Schulen und Klinikum, analog dem Berufsschulzweckverband wurden geführt. Sowohl die mündlichen Gesprächsergebnisse als auch die schriftliche Stellungnahme liegen vor. Der Regierungspräsident hat beide Male mitgeteilt, dass eine Neuverschuldung über die Linie des Zweckverbandes hinaus nicht genehmigt wird.

Im übrigen sind Haushaltsmittel von 300.000 € für die Anschaffung von Containern im Haushaltsplan für 2014 enthalten. Damit kann dem beantragten Raumprogramm für die Schulerweiterung, die Mittagsbetreuung und ggf. der Ganztagschule Rechnung getragen werden.

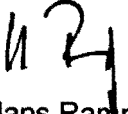
Für den Fall, dass zusätzliche Finanzmittel bereitgestellt werden oder Sonderprogramme aufgelegt werden, ist dem Stadtrat zu berichten und ggf. ein Nachtragshaushalt aufzustellen.

Den beiden Antragsbegehren ist damit Rechnung getragen.

Abstimmungsergebnis:

11:2

Landshut, den 12.12.2013  
STADT LANDSHUT

  
Hans Rampf  
Oberbürgermeister